

## Kein Steuerzuschlag.

Der neue Finanz-Minister hat der Landesvertretung jüngst eröffnet, daß die Staatsregierung in der Voraussetzung, daß die neuerdings gemachten Vorschläge zur Deckung des Defizits genehmigt werden, auf jeden Steuerzuschlag verzichte.

Während der vielfachen Erörterungen über die seitherigen finanziellen Schwierigkeiten wurde jeder Zeit angedeutet, daß unsere Regierung sich nur nothgedrungen und mit Widerstreben entschließen könne, einen Zuschlag zu den direkten Steuern zu beantragen.

Als die Nothwendigkeit außerordentlicher Einnahmen sich beim Beginn der vorjährigen Session des preussischen Landtags zuerst geltend machte, erklärte der damalige Finanz-Minister, daß die Frage des Steuerzuschlags im Rathe des Königs in Betracht gezogen worden sei. Die Erwägung jedoch, daß neben einer langen Stockung des Verkehrs, neben der Wirkung ungünstiger Ernten in vielen Theilen des Landes ein solcher Zuschlag gerade damals sehr peinlich wirken würde, habe auf das landesväterliche Herz des Königs einen tiefen Eindruck gemacht, und der König habe dem Minister die Weisung erteilt, einen Steuerzuschlag nur dann vorzuschlagen, wenn nicht auf irgend eine andere Weise Deckung gefunden werden könne.

Die Regierung entschloß sich damals, dem nächsten Bedürfnis durch Zuhilfenahme außerordentlicher Bestände abzuheifen, die Sicherung der weiteren Zukunft aber durch Erhöhung der Einnahmen des Norddeutschen Bundes, durch Reformen auf dem Gebiete der indirekten Steuern anzubahnen.

Als die Vorschläge der Regierung im Reichstage abgelehnt und die Sorge für die Erhöhung der Staatseinnahmen wiederum dem preussischen Landtage vorbehalten wurde, als somit (nach den damals obwaltenden Voraussetzungen) keine andere Lösung übrig zu bleiben schien, als ein Zuschlag zu den direkten Steuern, da wurde von Seiten der Regierung immer wieder darauf aufmerksam gemacht, wie empfindlich durch einen solchen Zuschlag der größte Theil der Bevölkerung und besonders der unbemittelten Klassen getroffen werde, und wie schwer die Verantwortung dorer wiegen würde, welche eine derartige Lösung etwa aus bloß politischen Gründen unvermeidlich machten.

Es ist neuerdings behauptet worden, daß die der Regierung nahe stehenden Blätter nach dem Scheitern der Finanzvorlagen im Reichstage in schroffer Weise die Auflegung des Steuerzuschlags verkündet hätten. Dieser Behauptung gegenüber möge hier an Aeußerungen erinnert sein, welche unmittelbar nach dem Schlusse des Reichstages an dieser Stelle zu finden waren.

Im Anschlusse an einen patriotischen Aufsatz eines schlesischen Blattes, schrieb die »Provinzial-Correspondenz« am 30. Juni:

»Nachdem die Einigung in der jüngsten Session leider nicht erreicht worden ist, muß es der im Herbst bevorstehenden Landtagssession vorbehalten bleiben, vor Allem dem augenblicklichen Bedürfnisse der preussischen Verwaltung abzuheifen, vorbehaltlich der weiteren Verständigung über dauernde und grundsätzliche Veränderungen und Verbesserungen des gesamten Finanzwesens Preußens, des Norddeutschen Bundes und des Zollbundes, in ihrem Zusammenhange und in ihrer Wechselwirkung.

Es ist eine würdige Aufgabe für alle ersten Patrioten, in den dazwischen liegenden Monaten dazu mitzuwirken, daß sich bis zur nächsten Session in Wahrheit die Ansichten geklärt, und die Widerwilligkeiten so weit abgeschwächt haben, daß wieder ein gemeinsames Wirken von Ministerium und Volksvertretung ermöglicht und die Beseitigung der augenblicklichen Schwierigkeiten herbeigeführt werde.

Sobald es gelingt, eine solche Verständigung zu erzielen, wird auch der Wahn, welcher hier und da, namentlich bei den Gegnern Preußens, durch die parlamentarischen Kämpfe des letzten Jahres erzeugt worden ist, als ob Preußens Finanzkraft ernstlich erschüttert sei, sehr bald wieder schwinden. Unsere Regierung nimmt es mit der augenblicklichen Verlegenheit gerade deshalb von vornherein so ernst und gewissenhaft, weil sie es nicht erst dahin kommen lassen will, daß wir in die Fußstapfen anderer Staaten gerathen, deren Kraft und Gedeihen durch die Zerrüttung der Finanzen untergraben und zerstört worden ist. Preußens finanzielle Lage hat noch jüngst nach Beendigung zweier Kriege die Bewunderung Europas erregt und unser Ansehen erhöht. Unsere Finanzkraft kann durch die Verlegenheiten eines oder

zweier Jahre gewiß nicht erschüttert sein; dieselbe könnte nur dann ernstlich Schaden leiden, wenn diese augenblicklichen Verlegenheiten dazu führen sollten, die allbewährte Ordnung unseres Staatshaushalts dauernd zu stören.

Dies zu verhüten, unter möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes, das wird die gemeinsame Aufgabe der Regierung und der Landesvertretung sein. Durch die Erfüllung derselben wird die nächste Landtagssession, so Gott will, alle Zweifel an der weiteren segensreichen und kraftvollen Entwicklung unseres verjüngten Vaterlandes vollends niederschlagen.«

Wie freudig die Regierung in den nächstfolgenden Monaten jede Aussicht auf eine Erleichterung der finanziellen Schwierigkeiten begrüßt, ist an dieser Stelle wiederholt bekundet, zugleich jedoch die übertriebene Erwartung, daß durch ein rasches Anwachsen der Staatseinnahmen das Defizit als völlig beseitigt anzusehen sei, widerlegt worden. Die »Provinzial-Correspondenz« sagte in dieser Beziehung:

»So sehr man sich der hoffnungsvolleren Gestaltung der Verhältnisse freuen mag, so wird doch der nächste Landtag der Aufgabe nicht überhoben sein, in Gemeinschaft mit der Regierung die Mittel und Wege in Betracht zu ziehen, um unsere Finanzen unter möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Bedingungen des öffentlichen Gedeihens wieder dauernd auf einen festen und sicheren Boden zu stellen.«

Und weiter:

»Die Regierung hat zu keiner Zeit verhehlt, wie schwer sie sich dazu entschließt, eine Mehrbelastung des Volkes, zumal an direkten Steuern, zu beantragen. Um so mehr darf man vertrauen, daß sie jede sich darbietende Möglichkeit benutzen werde, um die Anforderungen an das Land auf das möglich niedrige Maß zurückzuführen.«

Als bei dem Herannahen der Landtagssession die Beschlüsse über die Aufstellung des Staatshaushalts-Stats zu fassen waren, konnte die Regierung die Anforderungen in der That auf ein bedeutend geringeres Maß, als früher vorausgesetzt war, zurückführen; immerhin aber sah sie sich in der Nothwendigkeit, die Deckung eines Einnahme-Ausfalls von 5 Millionen durch Zuschläge zu den direkten Steuern zu beantragen.

Nach den früheren Aeußerungen über die Stimmungen und die Wünsche des Königs und der Staats-Regierung darf man annehmen, daß dieser Weg auch jetzt nur mit Widerstreben betreten wurde. Die Thronrede bei Eröffnung des Landtags ließ erkennen, daß nur die Ueberzeugung von der dringenden Nothwendigkeit sofortiger Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben den König bestimmen konnte, in die beabsichtigte vorübergehende Mehrbelastung zu willigen.

Bevor jedoch die Anträge der Regierung im Landtage zur Berathung gelangten, sah sich der frühere Finanz-Minister bewogen, seine Entlassung zu erbitten.

Bei der Berufung eines neuen Finanz-Ministers und bei den Erwägungen, welche derselben innerhalb der Staats-Regierung vorbergingen, mußte die oben angedeutete doppelte Aufgabe erneut in Betracht kommen: es mußte einerseits dem augenblicklichen Bedürfnisse des Staatshaushalts unter möglichster Schonung der Steuerkraft des Volkes Abhülfe gewährt werden, andererseits war der Blick auf dauernde Verbesserungen unsers Finanzwesens zu richten.

Die Erklärungen des jetzigen Finanz-Ministers bekunden, daß diese beiden Aufgaben schon bei der ersten Maßregel, zu welcher sich die Staats-Regierung entschlossen hat, gleichzeitig ins Auge gefaßt worden sind.

Durch eine Reform unsers Staatsschuldenwesens gedenkt die Regierung, ohne die alt bewährten Grundsätze der preussischen Finanzverwaltung aufzugeben, doch die Möglichkeit zu gewinnen, bei der Tilgung der Staatsschulden die jebe-malige Lage und die Bedürfnisse des Staatshaushalts mit in Betracht zu ziehen; zugleich soll durch eine vorläufige Einrichtung diese Reform schon jetzt zur Beseitigung des vorhandenen Defizits benutzt werden, indem die diesmalige Schuldentilgung um den Betrag des Defizits verringert wird.

Die Aufnahme, welche die Vorschläge des Finanz-Ministers bei ihrer Ankündigung gefunden haben, bürgt dafür, daß es gelingen werde, auf diesem Wege die Schwierigkeiten des näch-